

Jägeler, Franz-J.

Article — Digitized Version

Droht der Handelskrieg in Europa?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Jägeler, Franz-J. (1974) : Droht der Handelskrieg in Europa?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 6, pp. 296-297

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134690>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Droht der Handelskrieg in Europa?

Franz-J. Jägeler, Hamburg

K

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft befindet sich in ihrer bisher schwersten Krise. Schon seit längerer Zeit mehren sich die Zeichen der Stagnation, zum Teil sogar des Zerfalls innerhalb der Gemeinschaft. Bisher handelte es sich allerdings nur um Bereiche, in denen eine gemeinsame Politik eben erst in der Entstehung begriffen ist. Nunmehr jedoch droht auch die bislang stärkste Integrationsklammer der EWG, die Zollunion, zu zerbrechen.

Als erstes Mitgliedsland der EWG hat Italien den Artikel neun der römischen Verträge – Verbot der Erhebung von Zöllen und Abgaben ähnlicher Art zwischen den Mitgliedstaaten – praktisch außer Kraft gesetzt. Denn nichts anderes als eine klare Importbeschränkung stellt die 50%ige Bardepotpflicht für Konsumgüter dar, die von der italienischen Regierung mit Wirkung vom 7. Mai erlassen worden ist. Nur wenige Tage später folgte Dänemark dem italienischen Beispiel mit ähnlichen Maßnahmen. Und in Frankreich und Großbritannien scheint es nur eine Frage der Zeit zu sein, wann diese Länder ebenfalls zum Notanker handelspolitischer Restriktionen greifen.

Einfuhrbeschränkungen in Italien

Die Bekanntgabe der italienischen Importbeschränkungen am Vorabend des Maifeiertages war spektakulär, konnte den mit den italienischen Verhältnissen Vertrauten jedoch nicht überraschen. Schon seit längerer Zeit nämlich hat Italien mit erheblichen Währungs- und Außenhandelschwierigkeiten zu kämpfen. In den letzten Monaten verschärfte sich die Situation derart, daß die konvertiblen Währungsreserven Italiens auf

den seit vielen Jahren tiefsten Stand von 748 Mrd. Lire (rd. 3 Mrd. DM) sanken. Das Defizit der Handelsbilanz, daß sich bereits 1973 auf 309 Mrd. Lire belaufen hatte (gegenüber nur 43 Mrd. Lire im Vorjahr), schnellte gleichzeitig auf 550 Mrd. Lire im Februar und auf über 660 Mrd. Lire nach den bisher vorliegenden Zahlen im März hoch¹⁾.

Mit dem Erlaß der Importrestriktionen soll diese besorgniserregende Entwicklung der Zahlungs- und Handelsbilanz nunmehr unter Kontrolle gebracht werden. Betroffen von der Bardepotpflicht sind nach einer inzwischen vorgelegten Liste 400 von insgesamt 1070 Warendispositionen, auf die italienischen Erklärungen zufolge etwa 40 % des im vergangenen Jahre erreichten Einfuhrwertes in Höhe von 6740 Mrd. Lire entfielen. Die Schwerpunkte liegen dabei neben Kraftfahrzeugen sowie Elektro- und Maschinenbauerzeugnissen auf Nahrungs- und Genußmitteln wie Fleisch, Lebendvieh, Ölsaaten, Milch und Milcherzeugnissen. Ausgenommen von der Bardepotpflicht sind Importe mit einem Einfuhrwert von weniger als 1 Mill. Lire sowie zeitweilige Einfuhren.

BRD am stärksten betroffen

Hauptleidtragende der italienischen Maßnahmen ist die Bundesrepublik Deutschland. Sie ist noch vor den USA und Frankreich der wichtigste Handelspartner Italiens. Dabei hatte die italienische Handelsbilanz in den letzten Jahren stets einen Überschuß gegenüber der BRD aufgewiesen. Im

Franz-J. Jägeler, 29, Dipl.-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung Außenwirtschaft und Integrationspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er befaßt sich speziell mit Welthandelstragen und EG-Problemen.

¹⁾ Vgl. UN, Monthly Bulletin of Statistics; inoffizielle Angaben.

vergangenen Jahr jedoch kehrte sich diese Tendenz um: erstmals ergab sich ein Defizit in Höhe von fast einer Mrd. DM für Italien.

Insgesamt lieferte die BRD 1973 Waren im Werte von 14,98 Mrd. DM nach Italien. Die Tabelle enthält eine Liste derjenigen Erzeugnisse, die am stärksten von der neuen Bardepotpflicht betroffen sind. Danach müssen vor allem die Lieferanten von Kraftfahrzeugen und elektronischen Erzeugnissen sowie die deutschen Landwirte mit möglichen Einbußen auf dem italienischen Markt rechnen. Für sie bestehen drei Möglichkeiten:

- entweder hinterlegen sie selbst für ihre italienischen Handelspartner das Depot, um den Absatz nach Italien zu halten,
- oder der Importeur stellt das Depot durch einen Kredit seiner Hausbank,
- oder aber die Lieferungen werden eingestellt.

Liste der wichtigsten unter die italienische Bardepotpflicht fallenden Exporterzeugnisse der BRD
(Ausfuhr nach Italien in Mill. DM)

Warengruppe	1972	1973
Elektrotechnische Erzeugnisse	1.188,8	1.584,3
Kraftfahrzeuge	1.305,1	1.422,4
Büromaschinen	328,9	378,1
Lebendes Vieh	569,5	528,5
Milch	230,4	302,2
Käse	219,8	236,1
Fleisch	174,1	249,1
Gewebe aus synthetischen und Zellulosefasern	73,5	124,2
Gewebe aus Baumwolle	58,1	80,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandel, Reihe 3, Spezialhandel nach Ländern und Warengruppen, 1972.

Sicherlich kann man davon ausgehen, daß die deutschen Exporteure grundsätzlich bereit sind, ihren italienischen Geschäftspartnern bei der Finanzierung des Bardepots zu helfen. Schließlich ist insbesondere die bayerische Landwirtschaft in hohem Maße auf den italienischen Markt angewiesen; von ihr wurden im letzten Jahr 60 % der gesamten deutschen Agrarexporte nach Italien bestritten. Unter der theoretischen Annahme, daß alle deutschen Exporteure die Depotstellung übernehmen würden, müßte die deutsche Wirtschaft jedoch schätzungsweise insgesamt rund 1,5 Mrd. DM in Italien binden, um ihre Ausfuhr auf dem Vorjahresniveau halten zu können²⁾. Bei einem angenommenen Jahreszins von 16 % würde die Zinsverteuerung für sie 4 % betragen. Dies wäre ein zusätzlicher Kostenfaktor, dessen Abwälzungsmöglichkeit aufgrund des staatlichen Preisstopps in Italien fraglich ist.

²⁾ Diese Schätzung geht von deutschen Konsumgüterexporten nach Italien in Höhe von 7 Mrd. DM aus.

In der Praxis muß deshalb damit gerechnet werden, daß zumindest ein Teil der Ausfuhr zukünftig unterbleibt, und zwar entweder weil die Exporteure diese zusätzliche Kostenbelastung nicht tragen können, oder aber weil ihre Banken das Kursrisiko für zu hoch halten und nicht bereit sind, die erforderliche Finanzierung zu übernehmen. Entsprechend betrug der Rückgang der Lieferungen z. B. bei Molkereierzeugnissen bereits in der ersten vergleichbaren Woche über 50 % gegenüber der entsprechenden Vorjahreswoche³⁾. Auch im Vieh- und Fleischexport waren beträchtliche Ausfälle zu verzeichnen.

Aufgrund dieser ersten Reaktionen läßt sich selbstverständlich noch nichts Endgültiges über die weitere Entwicklung des Italien-Geschäfts aussagen. Eines zumindest scheint jedoch heute bereits festzustehen: auch die deutsche Exportwirtschaft steuert auf schwere Zeiten zu. Hohe deutsche Exportüberschüsse gehören vielleicht schon bald der Vergangenheit an. Das gilt um so mehr, als auch die steuerpolitischen Maßnahmen, die von der dänischen Regierung zur Drosselung der Konsumgüterimporte erlassen worden sind⁴⁾, nicht ohne Auswirkungen auf die deutschen Exporte bleiben werden. Immerhin ist die BRD bei den am stärksten betroffenen Warengruppen – Kraftfahrzeuge und elektrische Haushaltsgeräte – traditionell Hauptlieferant auf dem dänischen Markt.

Gefahr der Eskalation

Schließlich besteht die begründete Sorge, daß weitere wichtige Handelspartner der BRD, wie Frankreich und Großbritannien, ebenfalls ihr Heil in Importrestriktionen suchen werden. Diese Länder können angesichts der desolaten Zahlungsbilanzsituation, in der sie sich befinden, gar nicht umhin, eine Reduzierung ihrer Auslandsbezüge um jeden Preis zu versuchen.

Die neue Regierung in Bonn scheint sich damit auch bereits abgefunden zu haben. Ihr Vorschlag zur Lösung der Krise durch gemeinsames Vorgehen im Rahmen der EWG – unter freiwilliger Hinnahme eines deutschen Exportrückgangs zugunsten der europäischen Partner und unter Umständen bei Gewährung begrenzter Währungskredite – ist in jedem Fall der bessere Weg als die Alleingänge, wie sie Italien und Dänemark praktiziert haben. Denn sie zerstören den europäischen Einigungsprozeß und führen zur Eskalation handelspolitischer Schutzmaßnahmen – weltweit und innerhalb der EWG selbst.

³⁾ Inoffizielle Angaben.

⁴⁾ Die wichtigsten Maßnahmen sind: Anhebung der Kaufsteuer für neue Pkw um 50 %, Erhöhung der Kfz-Steuer um ebenfalls 50 %, Erhebung einer Abgabe von 20 % des Großhandelspreises für Elektro-Haushaltsgeräte sowie zusätzliche Belastungen beim Kauf von Spirituosen und Tabakwaren.